

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales der Stadt Lörrach
am Donnerstag, 3. März 2016

im großen Sitzungssaal des Rathauses Lörrach, Luisenstraße 16

Anwesend:	Bürgermeister Dr. Wilke als Vorsitzender
Stadträtinnen und Stadträte:	Berg (ab 17.50 Uhr) Cyperrek (in Vertretung Bernnat) Denzer Glattacker Kiefer Krämer (in Vertretung Jaenisch) Lindemer Oehler Roßkopf (in Vertretung Escher) Salach Vogel Vogelpohl Wernthaler Wiesiollek
Entschuldigt:	Bernnat, Böhringer, Di Prima, Escher, Jaenisch
Ferner:	Fachbereichsleiterin Buchauer Fachbereichsleiterin Staub-Abt Fachbereichsleiterin Gerhäuser Fachbereichsleiter Dullisch Fachbereichsleiter Sproß Betriebsleiter Droll Betriebsleiter Schäfer Stellv. Fachbereichsleiter Meier Frau Eyhorn Frau Trefzer Frau von Loeben Herr Fessler
Urkundspersonen:	Stadtrat Kiefer und Stadtrat Wernthaler
Schriftführung:	Herr Ockenfuß
Beginn:	17.30 Uhr
Ende:	20.00 Uhr

TOP 1

Jahresbericht Internationale Kommission, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Ausschusses für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die interessierten Bürgerinnen und Bürger sowie die Vertreter der Presse. Insbesondere begrüßt er Frau Stadträtin Salinas de Huber, die im Folgenden den Jahresbericht der Internationalen Kommission in Ihrer Funktion als Vorstandsmitglied vorstellen will.

Stadträtin Salinas de Huber stellt sodann den Jahresbericht der Internationalen Kommission vor. Sie wolle gerne einen Rückblick aber auch einen Ausblick auf die Tätigkeiten der Internationalen Kommission geben. Sie hebt die Änderung der Geschäftsordnung der Kommission, die Einbeziehung von Flüchtlingen aus der Unterkunft in der Gretherstraße, aber auch das Jubiläum zum 25-jährigen Bestehen des Internationalen Sommerfestes hervor. Ebenso seien die Einführung des Dolmetscherpools sowie eine Aktion für die Abschaffung der Todesstrafe von großer Bedeutung gewesen. Auch im kommenden Jahr solle wieder ein Internationales Sommerfest stattfinden. Sie freue sich auch über das Iftar-Fest, welches in diesem Jahr bereits zum zehnten Mal stattfinde. Auch die Internationale Kommission werde künftig vor viele neue Herausforderungen gestellt, wolle sich aber mit vollem Einsatz einer gelingenden Integration in Lörrach annehmen.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht und hebt die Wichtigkeit der Arbeit der Internationalen Kommission in Lörrach hervor.

Stadtrat Kiefer bedankt sich für den Vortrag und bittet darum, die Einladungen für Treffen der Internationalen Kommission künftig wieder regelmäßig an die Mitglieder des Gemeinderats zu versenden.

Stadträtin Cyperrek bedankt sich für den Bericht und hebt die gute öffentliche Wahrnehmung der Internationalen Kommission hervor. Sie verweist auf die Integrationskonferenz im Jahr 2014 und regt deren Fortführung an.

Stadtrat Wernthaler bedankt sich für den Bericht und gibt an, dass an die Arbeit der Internationalen Kommission hohe Ansprüche gestellt würden. Hierbei dürfe das Ehrenamt nicht überfordert werden. Er wünsche der Kommission weiterhin viel Erfolg.

Stadtrat Lindemer bedankt sich für den Bericht, die wichtigen Projekte und die wichtige Integrationsarbeit der Internationalen Kommission.

Der Vorsitzende erklärt, dass er die Idee einer Fortführung der Integrationskonferenz gerne aufnehmen wolle. Die Integrationskonferenz könne regelmäßig stattfinden, allerdings nicht in jedem Jahr. Die Ergebnisse der Integrationskonferenz im Jahr 2014 sollen nochmals aufgearbeitet und darüber berichtet werden. Auch die so genannten Komm-In-Treffen seien eine gute Gelegenheit, um ins Gespräch zu kommen. Die Grenzen des Ehrenamts seien der Verwaltung bewusst und man müsse aufpassen, dass man das Ehren-

amt nicht überfordere. Gerade in der jetzigen Situation müsse das Ehrenamt entlastet werden.

Stadträtin Salinas de Huber gibt an, dass vor allem das Thema Senioren und Menschen mit Behinderung im Rahmen der Integrationskonferenz thematisiert worden sei. Die Internationale Kommission wolle sich weiter diesen Themen widmen.

TOP 2

Sachstand Zollfreie Straße, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und begrüßt Herrn Bollinger und Herrn Beutelschieß vom Regierungspräsidium Freiburg.

Herr Beutelschieß stellt sodann anhand einer Präsentation die Planungen hinsichtlich des Baus eines Kreisverkehrs und der Lärmschutzwände entlang der Bundesstraße 317 vor (Anlage 1). Hierbei erläutert er die einzelnen Bauphasen. Er rechnet damit, dass die Maßnahmen bis Ende des Jahres 2016 abgeschlossen sind.

Der Vorsitzende bedankt sich für den Bericht.

Stadtrat Dr. Vogelpohl bedankt sich für den Vortrag und lobt die gute Abstimmung zwischen dem Bauträger und der Gemeinde Riehen. Er wolle wissen, ob die Streckenführung im Rahmen des Ausbaus der Strecke Lörrach-Schopfheim ausreichende Kapazitäten vorhalten könne.

Stadtrat Oehler bedankt sich für die Vorstellung der Planungen. Trotz der Komplexität sei eine gute Abstimmung mit der Gemeinde Riehen erfolgt. Er wolle wissen, wer für die Ausschilderung der Straße zuständig sei. Da sämtliche Bäume schon gefällt worden seien, stünden auch den Belangen des Naturschutzes nichts mehr im Wege. Die Maßnahmen seien eine gute Lösung für die Bürgerinnen und Bürger.

Stadträtin Wiesiollek wollen wissen, wie sich eine notwendige Umleitung konkret darstelle und unter welchen Bedingungen Radfahrer bestimmte Streckenabschnitte befahren beziehungsweise überqueren können.

Stadtrat Denzer bedankt sich für den Vortrag und freut sich über die baldige Fertigstellung der Straße. Die Radwege hätten eine angemessene Breite.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass sie sich über die baldige Fertigstellung der Maßnahmen sehr freue. Der Schutz vor Lärm sei sehr wichtig für die Anwohner.

Der Vorsitzende erklärt hinsichtlich der Kapazität der Strecke, dass einige Knotenpunkte sicherlich an ihre Belastungsgrenze stoßen würden. Hier müsste man klare Prioritäten setzen. So wolle man vordringlich die Kreuzung "Hasenloch", welche einen wichtigen Knotenpunkt und einen Unfallschwerpunkt darstellt, entlasten. Man könne jedoch nicht

alle gewünschten Maßnahmen auf einmal durchführen und müsse sich jeweils gut mit der Gemeinde Riehen abstimmen. Auch die Einrichtung einer Umleitung werde bald Thema werden. Die Bäume seien bis zum Ende der Lärmschutzwände entfernt worden. Die Lärmschutzwände würden auch die Sternbauten noch mit einschließen. Eine Fertigstellung der Maßnahmen bis Ende des Jahres sei sehr erstrebenswert.

Herr Beutelschieß ergänzt, dass die Umleitung und auch die Beschilderung der Straße in Form einer verkehrsrechtlichen Anordnung durch das Regierungspräsidium Freiburg eingerichtet werden solle. Während der Maßnahmen käme es zu einer dreitägigen Vollsperrung der Straße. Das Konzept der Umleitung des Verkehrs über Eimeldingen und Binzen sei bereits erprobt. Im Rahmen der Maßnahmen gebe es auch eine landschaftspflegerische Begleitplanung, welche die bisherigen Baumfällungen kompensieren solle. Die Fahrbahn werde im Bereich der Mittelinseln mit Strichen markiert und als Radübergang deklariert.

Stadträtin Wiesiollek wolle wissen, wie man als Radfahrer von der Dammstraße auf den Gehweg gelange.

Herr Beutelschieß führt aus, dass die Bordsteine an einigen Stellen abgesenkt seien.

Herr Bollinger ergänzt, dass das Regierungspräsidium die tiefere Detailplanung mit der Stadt Lörrach und der Polizei abstimme und hierbei auch Belange des Radverkehrs berücksichtigen werde.

Der Vorsitzende gibt an, dass er die Themen Querung und Radverkehr aufnehmen wolle.

Stadtrat Werthaler äußert, dass die Funktion der Basler Straße neu definiert werden müsse.

Stadtrat Böhringer moniert, dass die Maßnahme nun schon so viel Zeit in Anspruch genommen habe.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verantwortlichen hierfür nicht anwesend seien und er selbst auf einen baldigen Abschluss der Angelegenheit hoffe.

TOP 3

Sachstand Neophyten-Kartierung, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein und erklärt, dass sehr viele Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der Neophyten-Kartierung einbezogen worden seien.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert anhand einer Präsentation das Vorgehen bei der Erstellung der Neophyten-Kartierung (Anlage 2).

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass das Problem mit den Neophyten schon lange bekannt sei. Sie frage sich, warum man entsprechende Maßnahmen nun erst noch austesten müsse. Entlang des oberen Bereichs der Wiese gebe es noch sehr viel stärkere Vorkommen. Jegliche Maßnahmen gegen die Pflanzen seien ineffektiv. Es müsse betont werden, dass auch nicht invasive Pflanzen, wie beispielsweise Kirschlorbeer, sehr unökologisch seien.

Stadträtin Salach bedankt sich für den Bericht. Die Probleme mit den Pflanzen müssten aufgrund einer bundesgesetzlichen Regelung gegen invasive Arten angegangen werden. Es gebe sehr große Flächen, welche von den Pflanzen besetzt worden seien, die allerdings noch nicht erfasst worden sind. Man müsse gezielt Schwerpunkte setzen, beispielsweise in dem Bereich "Auf Eggen". Man benötige verschiedene ökologische Bekämpfungsmethoden. So seien einige Pflanzen nur abmähbar, bei anderen wiederum benötige man einen Gifteinsatz. Dies könne problematisch sein, wenn befallene Flächen an Landschaftsschutzgebiete angrenzen oder darin liegen. Wichtig sei, dass man die Bürgerinnen und Bürger in die Prozesse miteinbeziehe.

Stadtrat Lindemer bedankt sich für den Bericht. Auf einen solchen habe er schon sehr lange gewartet. Der Bestand an Neophyten entlang der Wiese und entlang der Bahnstrecke sei sehr üppig. Man werde Schwierigkeiten damit haben, alle Bestände an Neophyten einzudämmen. Man brauche eine wissenschaftlich fundierte Handlungsanleitung.

Der Vorsitzende erklärt, dass man handeln müsse, da sonst ökologische Gefahren drohen. Die Stadt vermeide schon lange das Anpflanzen von Kirschlorbeer. In Gärten sollten heimische Arten angepflanzt werden. Er freue sich über die große Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. Diese diene einerseits der Ermittlung von Erkenntnissen hinsichtlich der Ausbreitung invasiver Arten, andererseits der Umweltbildung der Bürgerschaft. Manche Pflanzenarten werde man voraussichtlich nicht mehr los.

Es erfolgt eine kurze Aussprache zur vorliegenden Thematik.

TOP 4

Sachstandsbericht ICLEI, mdl. Bericht;

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik des Tagesordnungspunktes ein.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erläutert anhand einer Präsentation die Vorteile, welche sich für die Stadt im Rahmen der Mitgliedschaft bei ICLEI ergeben (Anlage 3).

Stadtrat Dr. Vogelpohl bedankt sich für den Vortrag. Er wolle wissen, wie sich die Best-Practice-Beispiele konkret darstellen.

Stadtrat Oehler hofft, dass die Mitgliedschaft tatsächlich von Vorteil für die Stadt ist. Er selbst könne dies nicht einschätzen.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt erklärt, dass die Best-Practice-Beispiele zum Beispiel zum Download oder als Newsletter angeboten werden. Hierbei würden wichtige Themenfelder wie beispielsweise Energieeffizienz, Nachhaltigkeit oder auch Fragen der Beschaffung bedient werden. Auch telefonisch könne die Stadt sich jederzeit beraten lassen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl wolle wissen, ob man die Informationen nicht anderweitig erhalten könne.

Fachbereichsleiterin Staub-Abt gibt an, dass derartige Informationen ansonsten nur aus Fachzeitschriften bezogen werden könnten, was aber letztendlich sehr viel teurer sei. Bei ICLEI hingegen gebe es auch kritische Auseinandersetzungen mit verschiedenen Inhalten.

Der Vorsitzende verweist auf die hohe Bedeutung von ICLEI als kommunalem Netzwerk. Eine Mitgliedschaft in dieser internationalen Organisation mit Sitz in Freiburg sei durchaus lohnenswert.

TOP 5

Änderung der Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Lörrach

Vorlage: 011/2016

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein. Die Änderung der Satzung der Feuerwehr diene zum einen der Entlastung des Ehrenamts, zum anderen dem Bürokratieabbau.

Nachdem keine weitere Aussprache erfolgt fasst der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales einstimmig die folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Gemeinderat beschließt, dass § 3 der Feuerwehrentschädigungssatzung der Stadt Lörrach (Kleidergeld) aufgehoben wird.
2. Der entsprechenden Satzungsänderung (Anlage 1 der Vorlage) wird zugestimmt.

TOP 6

Campus Rosenfels - Stettengasse

Vorlage: 225/2015

Der Vorsitzende führt zunächst kurz in die Thematik der Vorlage ein.

Herr Wöhrle von der Firma W + P Landschaften stellt sodann anhand einer Präsentation die Planungen zum Ausbau der Stettengasse vor (Anlage 4).

Der Vorsitzende bedankt sich für die Vorstellung der Planungen und gibt an, dass die günstigere Variante, ohne das den Gehweg abgrenzende Plattenband, empfehlenswert sei.

Stadtrat Glattacker führt an, dass die Kosten für den Ausbau sehr hoch seien. In Zeiten einer notwendigen Haushaltssanierung könne man nicht einfach eine Summe von 375.000,00 Euro „aus dem Fenster schmeißen“. Auch der Gehweg werde nach dem dargelegten Berechnungen sehr teuer. Der Gehweg sei aber gar nicht notwendig. Die Fraktion der CDU wolle der Vorlage so nicht zustimmen. Die derart große Summe solle lieber dem Kämmerer zur Verfügung gestellt werden. Es sei völlig ausreichend lediglich den Fahrbahnbelag zu erneuern.

Stadträtin Cyperrek gibt an, dass die Fraktion der SPD sich nochmals intern über die Vorlage beraten wolle. Der Ausbau des Rad- und Fußweges sei sehr sinnvoll. Wichtig sei auch die Anhebung des Standards. Sie wolle wissen, was der komplette Ausbau ohne einen zusätzlichen Fußweg koste. Es brauche objektive Entscheidungsgrundlagen.

Der Vorsitzende erklärt, dass in dieser Sitzung ein Beschluss gefasst werden müsse.

Stadtrat Wernthaler sagt, dass die Maßnahme längst überfällig sei. Der Fahrbahnbelag sei dringend sanierungsbedürftig. Das neue Straßenbild würde sich gut in das Campus-Ensemble einfügen. Es bestehe jedoch Klärungsbedarf hinsichtlich der Ausweisung einer Fahrradstraße. Von einer Fahrradstraße könnte man nur dann sprechen, wenn die Straße lediglich für den Radverkehr freigegeben und der Fußweg baulich von der Straße abgehoben sei. Bei einem ebenerdigen Rad- und Fußweg ohne abgehobenen Randstein könne man nicht von einer Fahrradstraße sprechen. Bei zwei Einmündungen in die Straße

müsse die Vorfahrt für Fahrradfahrer baulich zum Tragen kommen. Er wolle sich für eine richtige Fahrradstraße einsetzen.

Stadtrat Denzer führt aus, dass die Maßnahme absolut nicht notwendig sei und hier eine große Summe Geld gespart werden könne. Die Fraktion der Freien Wähler wolle der Vorlage so nicht zustimmen.

Der Vorsitzende äußert, dass in der Stettengasse eine sehr hohe Sanierungsbedürftigkeit gegeben sei.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass die Plattenbeläge im Campusgebiet intensiv diskutiert worden seien. Die jetzige Planung sei immer ein Teil der Gesamtplanung gewesen. Die Straße sei in einem sehr schlechten Zustand. Die Variante 2 falle deutlich günstiger aus als die Variante 1. Der Mittelstein in der Straße könne durch eine einfachere Fahrbahnmarkierung ersetzt werden. Auch in der Straßendatenbank werde die Stettengasse mit sehr hohem Sanierungsbedarf sehr weit oben gelistet.

Der Vorsitzende wolle wissen, wie hoch der Kostenunterschied ohne eine Einlassung eines Mittelsteins ausfalle.

Herr Wöhrle gibt an, dass der Kostenunterschied ohne eine Einlassung eines Mittelsteins rund 12.000,00 Euro betrage.

Stadtrat Glattacker macht deutlich, dass die Entscheidung der Fraktion der CDU sich nicht gegen Fachbereichsleiter Dullisch richte und es auch nicht darum gehe, ob die Vorlage gut oder schlecht ist, sondern darum, dass die Stadt in der momentanen Situation nicht in der Lage sei, Kosten in Höhe von 375.000,00 Euro zu verantworten. Alleine durch einen Verzicht auf den Gehweg könne man 107.000,00 Euro einsparen.

Stadtrat Dr. Vogelpohl äußert, dass ein eingelassener Mittelstein erhebliches Gefahrenpotenzial berge.

Stadträtin Roßkopf erklärt, dass die Planungen zwar toll aussehen, diese momentan aber nicht umsetzbar seien. Sie zweifle an der Notwendigkeit der Einrichtung einer Fahrradstraße.

Stadtrat Lindemer gibt an, dass lediglich der Fahrbahnbelag und die angrenzenden Mauern erneuert werden sollen. Eine Unterteilung der Straße anhand von Natursteinen sei hingegen nicht notwendig.

Stadtrat Berg wirft ein, dass eine Asphaltdecke über die ganze Breite des Straßenbereichs hinweg notwendig sei. Der Fahrbahnbelag sei in einem sehr schlechten Zustand. Auch müsse die Platzierung der Stettengasse in der Straßendatenbank berücksichtigt werden. Der Mittelstein sowie eine Abgrenzung mittels Natursteinen seien nicht notwendig.

Fachbereichsleiter Dullisch erklärt, dass es bereits eine Fahrradstraße gäbe und diese auch sehr sinnvoll sei. Für den Charakter der Fahrradstraße sei eine bauliche Abgrenzung zum Fußweg notwendig.

Stadträtin Krämer wirft ein, dass sich in dieser Sitzung sehr wahrscheinlich keine Einigung erzielen lasse. Die Entscheidung solle deshalb vertagt werden. Sie wolle einer Fahrbahnerneuerung zustimmen, die Vorlage an sich aber ablehnen.

Stadträtin Roßkopf wolle wissen, wie breit die Straße momentan sei und ob eine vollumfängliche Fahrradstraße wirklich notwendig sei.

Stadtrat Denzer wolle sich in der Aussage Stadträtin Krämer anschließen. Die Vorlage halte er für „vergoldet“. Man benötige nicht alle Extras.

Der Vorsitzende ist der Auffassung, dass die Vorlage nicht „vergoldet“ sei. Man müsse sich darüber im Klaren sein, was wirklich dringend notwendig ist. Er fragt das Gremium, ob eine Vertagung der Vorlage gewünscht ist.

Stadtrat Wernthaler bittet um eine ganzheitliche Betrachtung der Vorlage. In dieser Diskussion gehe es nur um eine Verunglimpfung der Fahrradstraße an sich.

Stadträtin Cyperrek bekräftigt, dass man die Aufwertung der Straße im Gesamtzusammenhang des Campusgebiets betrachten müsse. Jedoch richte sich die Diskussion nicht gegen die Fahrradstraße an sich.

Stadträtin Salach wolle wissen, ob Fördermittel, sofern die Maßnahme nicht realisiert wird, wieder abgezogen werden.

Der Vorsitzende bestätigt dies.

Stadtrat Glattacker bittet um Abstimmung und um eine erneute, modifizierte Beschlussvorlage.

Der Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales lehnt, bei 8 Nein-Stimmen, einer Enthaltung und 5 Ja-Stimmen den Beschlussvorschlag der Vorlage mehrheitlich ab.

TOP 7

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse und sonstige Bekanntgaben

Gebäude Teichstraße 6/8

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass im Archiv ein Bebauungsplan aus den Sechziger Jahren gefunden worden sei, welcher bis heute Gültigkeit besitze. Eine Möglichkeit, das Grundstück sinnvoll zu bebauen, ergebe sich aus dem Bebauungsplan nicht. Den Architekten treffe indes keine Schuld. Der Fehler sei im Rathaus gemacht worden. Die Verluste in Form von Planungskosten des Architekten würden von der Eigenschadenversicherung der Stadt abgedeckt.

Betreuungsangebote an den Grundschulen

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass viele Eltern sich auf das Betreuungsangebot der Grundschulen verlassen hätten und ihnen dann aber gekündigt worden sei. Aufgrund des hohen Bedarfs seien die Gruppen immer größer geworden, sodass schließlich zwei Betreuer je Gruppe benötigt wurden. Dies sei für den SAK nicht mehr refinanzierbar gewesen. Der SAK habe daraufhin eine Verabredung mit der Stadt getroffen. Noch bestehende kleine Gruppen wurden in große Gruppen eingegliedert. Es konnte eine Betreuung für jedes Kind sichergestellt werden. Es konnten neue Lösungen gefunden werden, welche sich teilweise auch sehr individuell ausgestalten. Es dürfte nicht so viel Geld in Betreuung investiert werden, sondern es müssten auch Bildungsangebote finanziert werden. Die Entscheidung sei in der Sache richtig gewesen, in der Form jedoch nicht. Die Verwaltung konnte mit allen Eltern eine Einigung erzielen und werde das Thema aufarbeiten.

Kritik an Mitarbeitern des Betriebszweigs Stadtgrün

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass aufgrund einiger Baumfällungen auf dem Stadtgebiet harte Worte an die Mitarbeiter des Betriebszweigs Stadtgrün gerichtet worden seien. Dies sei nicht fair gewesen, da die Baumpfleger nicht für die Fällungen verantwortlich gemacht werden können und die Fällungen ohnehin absolut notwendig gewesen seien.

TOP 8

Allgemeine Anfragen

Gebäude Teichstraße 6/8

Stadtrat Wernthaler wolle wissen, ob dem Architekten Herrn Zickenheiner ein anderes stadökologisches Projekt, beispielsweise in Form eines anderen Hochhausneubaus, angeboten werden könne.

Der Vorsitzende halte dies für überlegenswert.

Stadtrat Berg halte die entstehende Baulücke für problematisch. Man müsse für das Grundstück einen Aufstellungsbeschluss für einen neuen Bebauungsplan fassen.

Der Vorsitzende gibt an, dass die Verwaltung ein solches Vorgehen umsetzen wolle.

Kritik an Mitarbeitern des Betriebszweigs Stadtgrün

Stadtrat Glattacker äußert, dass es nicht in Ordnung gewesen sei, wie einige Mitarbeiter des Betriebszweigs Stadtgrün angegangen worden sind. Es seien allerdings auch andere Bäume gefällt worden, deren Zustand noch tragbar war.

Der Vorsitzende erklärt, dass insgesamt drei Baumpfleger beim Betriebszweig Stadtgrün beschäftigt werden. Die Baumpfleger hätten lediglich einen Auftrag ausgeführt. Die Baumpfleger hielten die Fällungen auch aus fachlicher Sicht für vertretbar. Die Stadt ver- suche Baumfällungen im Vorfeld stets zu thematisieren.

TOP 9 Offenlegungen

TOP 9.1

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Mittwoch, 3. Februar 2016

TOP 9.2

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschuss Stadtwerke am Mittwoch, 3. Februar 2016

TOP 9.3

Beantwortung einer Anfrage von Herrn Gerd Werthaler in der öffentlichen Sitzung des Ausschuss für Umwelt, Technik, Bildung und Soziales am Donnerstag, 26. November 2015

Zur Beurkundung

Der Vorsitzende:

Urkundspersonen:

Schriftführung: